



Modekette Zara will unbequeme Betriebsräte und Beschäftigte loswerden

Die Textilmodekette Zara will ihr offensichtlich unbequeme Betriebsräte und Beschäftigte loswerden. So versucht das Unternehmen erneut, dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats, Festim Lezi, sowie dem Sprecher des Wirtschaftsausschusses, Marco Grüneschild, zu kündigen. Dieses Mal dient als Vorwand eine – bislang nicht ausgeübte – Referententätigkeit der beiden ehrenamtlichen Gewerkschafter für ein Seminar zur Weiterbildung von Betriebsräten. Bereits in der Vergangenheit hatte Zara versucht, Lezi und Grüneschild zu kündigen, war damit aber vor Gericht gescheitert.

„Das Vorgehen von Zara ist ein Angriff auf demokratisch gewählte Betriebsräte. Offensichtlich versucht Zara, Betriebsräte loszuwerden, die sich immer wieder mit Nachdruck für die Rechte der Beschäftigten einsetzen. Zara will sich scheinbar freie Bahn verschaffen, um möglichst ungestört und zulasten der Beschäftigten bei Umstrukturierungen und Stellenabbau Fakten zu schaffen. Wir fordern Zara auf, das Kündigungsbegehren zurückzuziehen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Stefanie Nutzenberger**.

ver.di wertet das Vorgehen von Zara unter anderem als Reaktion auf Auseinandersetzungen um Filialschließungen. Die Gewerkschaft und die Betriebsräte kritisieren, dass Zara den Beschäftigten keine adäquaten Ersatzarbeitsplätze anbietet, obwohl diese vorhanden wären (<http://tinyurl.com/jfjgpkkr>). In der Hamburger Zara-Filiale in der Ottenser Hauptstraße, die Ende Juni 2016 geschlossen wird, erhielten fast alle Beschäftigten eine betriebsbedingte Kündigung. Davon ausgenommen wurde neben einer Mitarbeiterin mit 15 Wochenstunden nur die Filialleitung sowie fünf Beschäftigte in Elternzeit. Unter den 17 Gekündigten befinden sich zwei Schwangere und sechs Frauen mit kleinen Kindern, drei der Frauen waren gewählte Betriebsratsmitglieder. Für alle Gekündigten gab es in vier anderen Hamburger Zara-Filialen angeblich keine Beschäftigungsmöglichkeit.

In der Kölner Filiale Hohe Straße erhalten die rund 55 Beschäftigten nach Kritik von ver.di zwar alle ein Arbeitsplatzangebot für die neue Filiale in der Schildergasse, die im Mai eröffnen soll. „Aber Zara hat sich geweigert, die bisher existierenden Ansprüche der Beschäftigten mit kleinen Kindern auf familienfreundliche Arbeitszeiten weiterhin zu garantieren. Für 18 Frauen bietet das Arbeitsplatzangebot deswegen keine sichere Perspektive, Zara nimmt auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine Rücksicht. Das Unternehmen versucht stattdessen nach wie vor, langjährige Beschäftigte mit guten Arbeitsbedingungen direkt oder durch die Hintertür loszuwerden. Wir erwarten, dass das Unternehmen umsteuert und seiner sozialen Verantwortung gerecht wird. Das müsste für Herrn Ortega, Zara-Eigentümer und mit geschätzt rund 63 Milliarden US-Dollar einer der reichsten Männer der Welt, eine Selbstverständlichkeit sein“, sagte Nutzenberger.

Der spanische Modekonzern Inditex, zu dem Zara gehört, plant zudem auch in Deutschland die Einführung von R.F.I.D-Chips. Diese Funkchips zur Steuerung der Warenhaltung gehen mit Stellenabbau einher. „Auch hier gilt es, sozialverträglich und in guter Zusammenarbeit mit den Betriebsräten Lösungen zu finden. Das Vorgehen von Zara lässt leider das Gegenteil erwarten“, sagte Nutzenberger.

V.i.S.d.P.:

Eva Völpel
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de